

STELLUNGNAHME NEOS

10 Forderungen für Zivilgesellschaft und Freiwilligenarbeit in Österreich

1. Anerkennung der zivilgesellschaftlichen Organisationen als „**fünfte Säule der Demokratie**“ und Verbesserung der Datenbasis über den Sektor.

Wir begrüßen und unterstützen diese Forderung. Die zivilgesellschaftlichen Organisationen sind essentieller Bestandteil unseres demokratischen Systems.

2. **Förderung des freiwilligen, ehrenamtlichen Engagements** und Verbesserung der diesbezüglichen ökonomischen Rahmenbedingungen.

Österreich ist ein Land der Freiwilligen und auf das ehrenamtliche Engagement vieler Bürger_innen angewiesen. Wir glauben, dass vor allem im Erwerbsleben das bisherige System, das auf individuellen oder betrieblichen Vereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmer basiert, sehr gut funktioniert und wollen es beibehalten. Zudem wurde erst kürzlich eine Regelung beschlossen, wonach Mitglieder von Einsatzorganisationen im Fall eines Einsatzes aufgrund eines Großschadensereignisses unter bestimmten Umständen Anspruch auf Entgeltfortzahlung bekommen. Diesen Beschluss haben auch NEOS unterstützt.

3. Aktiver Dialog und **respektvoller Umgang mit Nichtregierungsorganisationen in der politischen Debatte** sowie Dialog auf Augenhöhe.

Der Dialog mit der Zivilgesellschaft ist NEOS immer ein großes Anliegen gewesen. Bürgerbeteiligung ist Teil unserer DNA. Wir treffen uns regelmäßig mit Vertreter_innen zivilgesellschaftlicher Organisationen und erhalten sehr wertvollen Input für unsere Arbeit im Parlament. Dem Schlechtreden, Niedermachen oder gar Kriminalisieren von NGOs, wie wir es zum Teil durch Mitglieder der türkis-blauen Bundesregierung beobachten mussten, ist entschieden entgegenzutreten. Das ist absolut nicht im Sinne eines konstruktiven Austausches und Zusammenarbeit zwischen Zivilgesellschaft und Politik.

4. **Garantie der Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit** sowie des Vereins- und Demonstrationsrechts.

Die Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit ist eine zentrale Säule unserer liberalen Demokratie. Tendenzen der letzten Jahre, das Demonstrationsrecht und das Recht auf freie Meinungsäußerung einschränken zu wollen, sind ein alarmierendes Signal. Jegliche Angriffe auf die Demonstrationsfreiheit und Versuche, die Zivilgesellschaft nach zulässigen Meinungsäußerungen einzuschüchtern, haben in einer demokratischen Gesellschaft keinen Platz. Im Konkreten schlagen wir vor, die durch die Novelle des Versammlungsgesetz im Jahr 2017 erfolgten Verschärfungen wieder rückgängig zu machen.

5. **Erhalt der Finanzierungsmöglichkeiten** zivilgesellschaftlicher Organisationen. Fundraisingbedingungen und Gemeinnützigkeitsbestimmung bleiben gewahrt. Ausweitung der Spendenabsetzbarkeit auf Tierschutzorganisationen.

Das aktuelle Spendensystem bei zivilgesellschaftlichen Organisation ist aus unserer Sicht ausreichend. Hier sehen wir aktuell keinen Handlungsbedarf.

6. **Stärkung der Mitwirkungsrechte bzw. Parteienstellung** von bürger- und zivilgesellschaftlichen Organisationen in einschlägigen Verfahren wie etwa Umweltverträglichkeitsprüfungen sowie in Kommissionen oder Beiräten.

Wir NEOS fordern eine ordentliche Berücksichtigung von Bürger_innen und NGOs bei Großprojekten und Infrastrukturmaßnahmen. Vor allem bei Transparenz und Information für die Betroffenen besteht großer Aufholbedarf. Oft wird seitens der Behörden von oben herab agiert und Anrainer_innen vor vollendete Tatsachen gestellt ohne vorher den Dialog zu suchen. Das schadet dem Vertrauen der Bevölkerung. Auch bei der Beurteilung der Langzeitfolgen von Infrastrukturprojekten auf Grundstückspreise, Lebensqualität oder Tourismus u.a. gibt es in der Praxis oft Probleme.

7. **Geordnete und faire parlamentarische Abläufe** wie etwa ausreichende Begutachtungsfristen bei Gesetzen und somit Einbeziehung der Kompetenzen der BürgerInnen und zivilgesellschaftlichen Organisationen aus dem jeweiligen Bereich.

Unter der türkis-blauen Regierung wurden immer öfter Gesetze mit sehr kurzen oder gar ohne Begutachtungsverfahren durchgepeitscht. Das haben wir NEOS vehement kritisiert, da so die öffentliche Diskussion mit Bürger_innen und Interessenvertretungen umgangen und eine kritische parlamentarische Auseinandersetzung verhindert wird. Die Setzung kurzer Fristen macht jede ernsthafte und vertiefte Auseinandersetzung mit der jeweils betroffenen Thematik unmöglich. Die Einbindung von Bürger_innen, zivilgesellschaftlichen Organisationen und externer Expert_innen im Gesetzgebungsprozess ist essentiell. Wir fordern daher die gesetzliche Verankerung einer verpflichtenden Begutachtungsfrist von mindestens sechs Wochen.

8. **Stärkung des Datenschutzes und der Privatsphäre**, Evaluierung und Rückbau überbordender Überwachungsmaßnahmen von Privatpersonen und zivilgesellschaftlichen Organisationen im öffentlichen Raum sowie im Internet, wie etwa Bundestrojaner oder Vorratsdatenspeicherung.

Der zunehmenden Überwachung der Menschen gilt es entschieden entgegenzutreten. Die Angriffe der türkis-blauen Regierung auf die Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger müssen wieder rückgängig gemacht und der Datenschutz, insbesondere der Schutz vor Überwachung elektronischer Kommunikation, gestärkt werden. Videokameras im öffentlichen Raum dürfen nicht zur allgemeinen Überwachung der Bevölkerung zweckentfremdet werden, schon gar nicht mittels Gesichtserkennungssoftware, da dies Missbrauch Tür und Tor öffnet und der Idee einer freien Gesellschaft entgegensteht. Eine Neuauflage der Vorratsdatenspeicherung lehnen wir klar ab, da dies eine anlasslose Massenüberwachung und damit einen massiven und unverhältnismäßigen Eingriff in die Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger bedeuten würde. Auch den Bundestrojaner lehnen wir klar ab, da diese staatliche Spionagesoftware eine extrem teure und missbrauchsanfällige Maßnahme ist, die die IT-Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger gefährdet. Denn der Staat muss dafür Sicherheitslücken in Computersystemen ausnutzen und erhält dadurch zwangsläufig Zugriff

auf das gesamte überwachte Gerät. Wir NEOS haben daher eine Beschwerde beim Verfassungsgerichtshof gegen das türkis-blaue Überwachungspaket eingebracht, der das Gesetz nun überprüft. Zudem fordern NEOS schon seit Jahren, alle bestehenden Überwachungsmaßnahmen systematisch auf ihre Notwendigkeit und Verhältnismäßigkeit zu überprüfen und gegebenenfalls aufzuheben.

9. **Abschaffung des Amtsgeheimnisses und Schaffung eines Informationsfreiheitsgesetzes** gemäß internationaler Standards, etwa mit einem Grundrecht auf Zugang zu Information und Dokumenten staatlicher Stellen sowie einer umfassenden Informationspflicht der Behörden).

Das Amtsgeheimnis gehört abgeschafft. In kaum einem Bereich ist die Republik dermaßen rückständig, wie im Umgang der staatlichen Stellen mit Informationen. Das aus der Monarchie stammende Amtsgeheimnis ist in keiner Weise mehr zeitgemäß und degradiert Bürger_innen gegenüber Verwaltung und Politik zu Untertan_innen. Es braucht einen Paradigmenwechsel weg vom Amtsgeheimnis hin zu einem Informationsfreiheitsgesetz, das die Bürger_innen nicht als Bittsteller_innen, sondern als Auftraggeber_innen der Politik begreift. Wir fordern daher ein Informationsfreiheitsgesetz mit einer Verpflichtung zur Veröffentlichung von Informationen von allgemeinem Interesse und ein verfassungsgesetzlich gewährleistetes Recht auf Zugang zu diesen Informationen.

10. **Maßnahmen zur Stärkung der unabhängigen Medienlandschaft und wissenschaftlicher Institutionen.** Der Zugang zu wissenschaftlich fundierter Information und der Verbreitung durch unabhängige Medien ist Grundlage für eine informierte öffentliche Debatte.

Die Medienfreiheit muss sichergestellt und weiter ausgebaut werden. Effektive Maßnahmen in diesem Bereich wären eine Senkung der Ausgaben für Inserate der öffentlichen Hand bei gleichzeitiger massiver Erhöhung der Medienförderung, die in Zukunft von einer unabhängigen Kommission von Fachleuten vergeben werden soll. In den Gremien des ORF, dem wichtigsten Medium des Landes, sollen Parteienvertreter_innen in Zukunft eine Minderheit darstellen. Für Angriffe auf Journalist_innen und unabhängige Medien durch die Politik haben wir eine Nulltoleranzgrenze. Angriffe auf Universitäten und unabhängige Forschungseinrichtungen, wie wir sie z.B. in Ungarn gesehen haben, rütteln an den Grundfesten unserer Demokratie. Die Freiheit der Wissenschaft und der Forschung muss umfassend garantiert sein. Bei strukturellen Eingriffen der Politik in unabhängige Institutionen und Institute - wie das etwa der ehemalige Bundeskanzler bei der Statistik Austria versucht hat - wäre der demokratische Schaden enorm! Wenn nur noch die Politik bestimmt, wann welche Zahlen, Daten, Fakten berichtet werden, dann ist der Weg in Richtung gelenkte Demokratie nicht mehr weit. Wir NEOS werden immer Kämpfer_innen für die freie Wissenschaft sein!